

Ökologisch Fahrt gewinnen – Mehr Grün für Umwelt und Verbraucher

Ökologische Verantwortung und Stärkung der Verbraucherrechte sind zentrale Elemente der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und nichts, was man sich nur in guten Zeiten leisten darf, sondern Voraussetzung für Klimaschutz, Innovation und zukunftssichere Arbeit. Davon wollen wir Sie überzeugen. Mit blindem Ökonomismus und Zukunftsvergessenheit setzen CDU/CSU und FDP nicht nur unsere Lebensgrundlagen aufs Spiel, sie führen auch die Wirtschaftspolitik in die Sackgasse. Wenn wir uns heute nicht um Umwelt und Klima kümmern, werden noch unsere Urkel an den Kosten zu zahlen haben.

Wir haben frischen Wind und Wettbewerb in alte Monopole gebracht und gezeigt: Wir bringen Neue Energie in die Wirtschaft. Die ökologische Modernisierung ist ein wichtiger und erfolgreicher Teil unseres Regierungshandelns: Durch Windkraft, Sonne und Biomasse haben wir im Mittelstand hunderttausende Arbeitsplätze mit Zukunft geschaffen. In der Landwirtschaftspolitik haben wir umgesteuert, geben Bäuerinnen und Bauern neue Chancen und neues Einkommen und stärken gezielt die ländlichen Räume. Wir haben den Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Rechte gegeben. Mit ihrem Einkaufskorb sorgen sie dafür, dass Unternehmen Schutzinteressen der Menschen ernst nehmen und mit guten Produkten auf die neuen Herausforderungen reagieren.

Mehr Ökologie und Verbraucherschutz ist aber nicht nur eine Frage internationaler Wettbewerbsfähigkeit und ökonomischen Kalküls. Unser Eintreten für die Ökologie ist der Verantwortung für Mensch und Erde verpflichtet. »Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt«, dieses Motto stand am Beginn der GRÜNEN Bewegung und macht bis heute den Unterschied aus.

Ökologische Politik ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Ohne den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gibt es keine Freiheit und keine Lebensperspektiven. Gesundes Leben, gesunde Ernährung und Arbeit

ohne krankmachenden Lärm, Gift und Schadstoffe darf keine Frage des Geldbeutels sein. Ökologische Politik ist eine Politik für eine innovative, dynamische und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Sie steht für Arbeit mit Zukunft und für mehr Lebensqualität – national und global.

Weg von Öl und Atom

Wir sind energiepolitisch zu neuen Ufern aufgebrochen: weg von den begrenzten Öl- und Uranvorräten, hin zu unendlicher Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme und zum Ausbau nachwachsender Rohstoffe. Wir haben mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Stromerzeugung aus sauberen, erneuerbaren Quellen konsequent gefördert. Hunderttausende neuer Jobs und Firmen, die zur Weltspitze gehören und internationale Exportschlager produzieren, sind das Ergebnis dieses Erneuerungsbooms. Was heute der Chip ist, wird morgen die Solarzelle sein: Schlüsseltechnologie eines neuen, solaren Zeitalters. Statt wie CDU/CSU diese Erfolge aufs Spiel zu setzen, wollen wir Deutschlands Potenzial nutzen und seine Spitzenstellung ausbauen. So sorgen wir auch dafür, dass viele Milliarden Euro Wertschöpfung im Land stattfindet.

Unser Ziel bis 2020 heißt: »4 x 25«. Aus Erneuerbaren Energien, und nachwachsenden Rohstoffen wollen wir bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts ein Viertel der Stromversorgung, ein Viertel der Wärmenutzung, ein Viertel des Kraftstoffverbrauchs und ein Viertel der heute noch chemisch produzierten Güter herstellen. Dazu werden wir in der nächsten Legislaturperiode ein Gesetz zur Förderung regenerativer Wärmege- winnung einbringen, Offshore-Windparks ans Netz bringen und die Ein- führung nachwachsender Rohstoffe gezielt fördern. Den sparsamen und energieeffizienten Ressourcenverbrauch wollen wir politisch unterstüt- zen. Wir setzen auf die drei starken »E« Erneuerbare, Energieeffizienz, Einsparen.

Langfristig wollen wir die industrielle Produktion von Gütern und Kraftstoffen umfassend auf eine regenerative Rohstoffbasis stellen. Wir wollen den Wettbewerb in die Energienetze tragen und damit verbraucherfreundlichere Bedingungen auf dem Energiemarkt schaffen.

Wir sind ins solare Zeitalter aufgebrochen, wissen aber auch, dass wir noch nicht soweit sind, auf fossile Energieträger ganz verzichten zu können. Wir setzen auf Kraft-Wärme-Kopplung und darauf, Erdgas und Kohle so effizient wie möglich zu verstromen. Die Kohlesubventionen wollen wir abschmelzen und bis 2012 komplett abbauen. Wegen der extrem hohen Schäden durch den Bergbau ist die Steinkohleförderung im Saarland spätestens 2010 zu beenden. Stattdessen fördern wir in den betroffenen Regionen einen Strukturwandel, in dem Arbeit mit Zukunft entsteht und damit den Menschen eine Perspektive gegeben wird.

Weil wir mit dem Emissionshandel kalkulierbare Rahmenbedingungen für die ökologische Modernisierung geschaffen haben, wird nach Jahrzehnten in Deutschland endlich wieder in den Kraftwerkspark investiert und der Erneuerungsbedarf beträgt fast 20 Milliarden Euro. Statt auf ordnungsrechtliche Vorgaben haben wir auf marktwirtschaftliche Mechanismen gesetzt. Der Emissionshandel sorgt dafür, dass Klimaschutz dort stattfindet, wo er am kostengünstigsten verwirklicht werden kann. Hierfür müssen die Gesamtmenge der zulässigen Emissionen kontinuierlich reduziert und Sonderregelungen abgebaut werden. Mit dem Emissionshandel und mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir Klimaschutz zum Wachstumsmotor gemacht. CDU/CSU und FDP wollen diese Modernisierung ausbremsen. Sie schaden damit dem Klimaschutz, gefährden Investitionen in Milliardenhöhe und verhindern über eine halbe Million Arbeitsplätze, die allein die Branche der Erneuerbaren in den nächsten 15 Jahren schaffen will.

Mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Deutschland international Vorreiter für ambitionierte Umweltpolitik und konsequenten Klimaschutz. Wir kämpfen dafür, dass das so bleibt, denn dies ist ein wichtiger Beitrag für die gerechte Gestaltung der Globalisierung. Wir wollen den Kyoto-Prozess fortentwickeln. Die USA und Schwellenländer wie China müssen

einbezogen werden. Wir streiten für ambitionierte mittel- und langfristige Ziele. Wir setzen uns ein für eine internationale Agentur für Erneuerbare Energien. Wir wollen die erfolgreiche Klimaschutzpolitik der letzten Jahre fortsetzen. Dafür müssen wir unsere Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent senken, bis 2050 um 80 Prozent. Auch die EU muss Vorreiter bleiben und den internationalen Klimaschutz weiter voranbringen. Wir erwarten, dass sich die EU bald zur Senkung der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 verpflichtet und eine langfristige europäische Klimaschutzstrategie entwickelt. Um unsere energiepolitischen Ziele zu erreichen, wollen wir auch die Stromversorgung international stärker vernetzen. Die vielfältigen Potenziale der Erneuerbaren Energien können dann noch breiter und effizienter ausgeschöpft werden.

Neben dem Ausbau hocheffizienter Kraftwerke und Erneuerbarer Energien setzen wir auf mehr Effizienz und Energieeinsparung. Sparsamer und effizienter Einsatz von Energie und die kluge Steuerung der Stromeinspeisung sparen nicht nur Ressourcen, sondern schaffen mit intelligenten Produkten wie modernen, verbrauchsarmen Elektrogeräten auch Wettbewerbsvorteile in der weltweiten Konkurrenz. Den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir bis 2010 verdoppeln und setzen dabei vorrangig auf dezentrale Lösungen und den Einsatz Erneuerbarer Energien. Wir wollen einen Klimaschutzfonds auflegen, mit dem Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs in Schulen, Krankenhäusern, Kommunen und privaten Haushalten angestoßen und finanziert werden. Im nationalen Klimaschutzprogramm wollen wir das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm deutlich verstärken. Es sichert schon heute mehr als 25.000 Arbeitsplätze in der regionalen Bauwirtschaft. Mit der solaren Stadterneuerung setzen wir neue Impulse für einen modernen Städtebau. Ab 2006 soll ein Energiepass alle MieterInnen und alle KäuferInnen über den Energiebedarf einer Wohnung informieren. Davon erwarten wir einen Modernisierungsschub für den Wohnungsbestand, sinkende Wohnnebenkosten und viele neue Arbeitsplätze, die auf Dauer sicher und nicht ins Ausland verlagerbar sind.

Die Strom- und Gaspreise sind im europäischen Vergleich auf einem sehr hohen Niveau; gleichzeitig erwirtschaften die Energieversorgungsunternehmen Gewinne in Milliardenhöhe. Wir unterstützen lokale und überregionale Verbraucherinitiativen, die sich gegen missbräuchliche Preispolitik zur Wehr setzen. Aus diesem Grund haben wir eben erst einen Systemwechsel in der Energiewirtschaft durchgesetzt und eine staatliche Wettbewerbsaufsicht über die Monopolbereiche im Strom- und Gasbereich etabliert. Wir wollen eine klare Kostentransparenz für die Endverbraucher erreichen und verhindern, dass Energieversorger eine Preispolitik zu Lasten von Kleinverbrauchern und Privathaushalten betreiben.

Wiedereinstieg – Nein danke!

Atomkraft ist nicht zu verantworten, weil ein Unfall wie in Tschernobyl nicht sicher ausgeschlossen werden kann. Die Entsorgungsfrage atomaren Mülls ist weltweit ungelöst. Zivile und militärische Nutzung lassen sich kaum trennen. In Indien, Pakistan und Nordkorea führte der Weg zur Atombombe über die zivile Nutzung der Atomenergie. In Zeiten des internationalen Terrorismus sind »schmutzige Bomben« mit nuklearem Müll oder der Angriff auf ein AKW keine Hirngespinnste, sondern eine reale Bedrohung. Wir setzen uns für die schnellstmögliche Stilllegung der besonders gefährdeten Anlagen, nämlich von Philippsburg 1, Isar 1, Biblis A und Brunsbüttel ein. Das Atomgesetz gibt die Möglichkeit dazu. Immer wieder kommt es zu Störfällen, mehrere Atommeiler sind nicht einmal gegen Flugzeugabstürze gesichert.

Nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN garantieren die weitere Abschaltung von Atomkraftwerken, wie sie von der Bevölkerung breit getragen wird. Es ist uns gelungen, eine jahrzehntelange lähmende energiepolitische Konfrontation in Deutschland aufzulösen. Es ist unverantwortlich, dass CDU/CSU und FDP 20 Jahre nach Tschernobyl zurück ins Atomzeitalter wollen. Statt auf Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien zu setzen, wollen sie das Risiko der Klimaveränderung mit dem Risiko der

Atomtechnologie bekämpfen. Der Atomausstieg eröffnet auch große wirtschaftliche Chancen. Wer Laufzeitverlängerungen für abgeschriebene AKW in Aussicht stellt, verhindert dagegen Investitionen, Innovationen und neue Arbeitsplätze.

GRÜNE haben dafür gesorgt, dass Deutschland aus der Plutoniumwirtschaft ausgestiegen ist. Wir haben den Baustopp in Gorleben durchgesetzt, Castortransporte minimiert und die Transporte abgebrannter Brennelemente in die Wiederaufbereitung beendet. Urananreicherung als Teil der nuklearen Produktionskette soll keine Zukunft haben. Weil das Endlagersuchgesetz nun den Neuwahlen zum Opfer fiel, werden wir es in der neuen Legislaturperiode unverzüglich einbringen. Eine vorzeitige Festlegung auf den Standort Gorleben darf es nicht geben. Die Genehmigung und Inbetriebnahme eines Endlagers für radioaktiven Müll im Schacht Konrad, im Salzstock Gorleben und anderswo bedarf eines systematischen, vorurteilsfreien und wissenschaftlichen Eignungsvergleichs mehrerer Standorte mit intensiver Bürgerbeteiligung. Aus unserer Sicht ist Gorleben aus geologischen Gründen (Mehrbarrierenkonzept) nicht geeignet. Die Privilegierung bei steuerlichen Rückstellungen, die der Atomwirtschaft enorme Wettbewerbsvorteile verschafft, wollen wir abschaffen. Das Atomlager Asse II, das akut von Überflutung gefährdet ist, muss schnell in einem transparenten Verfahren mit rechtlich verankerter Bürgerbeteiligung stillgelegt werden. Nur mit starken GRÜNEN wird der Atomausstieg fortgesetzt und gehen bis 2009 mit Biblis A und B, Brunsbüttel und Neckarwestheim I weitere Meiler vom Netz. Ausgerechnet diese maroden Altanlagen mit einem Stamplatz in den jährlichen Störfallberichten sollen nach dem Willen von Schwarz-Gelb länger betrieben werden. Das muss verhindert werden. Den Export von Atomtechnologie ins Ausland lehnen wir ab. Den EURATOM-Vertrag wollen wir abschaffen und bilaterale Nuklear-Abkommen durch Kooperationsverträge im Bereich Erneuerbare Energien ersetzen. Eine weitere staatliche Finanzierung der Forschungen zur Kernfusion lehnen wir ab.

Ökologisch mobil

Mobilität schafft Freiheit. Gleichzeitig schlagen Folgen wie Lärm, Abgase, Unfälle und Flächenfraß negativ zu Buche. Klimapolitisch hat unser Verkehrssystem keine Zukunft und ist nicht exportfähig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Mobilitätsbedürfnis der Menschen umweltverträglich gestalten. Das Ausmaß an Verkehr in den Industrieländern ist im Weltmaßstab nicht verallgemeinerbar und daher nicht zukunftsgerecht. Wir setzen auf leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel als Rückgrat eines umweltverträglichen Mobilitätssystems, auf integrierte Verkehrskonzepte, die Umsetzung des nationalen Radverkehrsplans, das Leitbild der fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt und auf das saubere Auto der Zukunft. Wir wollen alle diese Bereiche vernetzen, fördern und in ihnen weltweit führend sein. Mit klugen und nachhaltigen Konzepten gewinnen wir so auch den Schlüssel zu einem der größten Wachstumsmärkte der Zukunft. Die Bahn ist das umweltfreundlichste Massentransportmittel. Wir kämpfen dafür, dass auch zukünftig in das Schienennetz mindestens in gleicher Höhe wie in das Straßennetz investiert wird. Einen voreiligen Börsengang der Deutschen Bahn AG lehnen wir ab, weil dies zu überzogenen Kürzungen und Einsparungen zu Lasten der Fahrgäste führt. Das Schienennetz eignet sich nicht als Renditeobjekt und muss in öffentlicher Hand bleiben. Dies fördert einen lebhaften und diskriminierungsfreien Qualitätswettbewerb verschiedener Bahnunternehmen um die besten Angebote für die besten Kunden. Die Regionalnetze wollen wir mit den notwendigen Mitteln an die Länder übertragen und das Programm zur Bahnstationsmodernisierung weiterentwickeln. Auf überbeuerte Prestigeprojekte wie die Untertunnelung des Thüringer Waldes, »Stuttgart 21« und den Transrapid München wollen wir verzichten, um die knappen Mittel auf die verkehrlich wichtigen Projekte und ein modernes Streckennetz in der Fläche zu konzentrieren.

Wir wollen die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland bis 2010 halbieren und ein neues Leitbild in der Verkehrssicherheitspolitik etablieren. Der Verkehr muss menschlicher werden und nicht umgekehrt. Tempolimits

und die Überwachung ihrer Einhaltung retten Leben. Wir halten daher an unserem Ziel fest, die Straßen sicherer zu machen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes ist eine EU-weite Harmonisierung der Höchstgeschwindigkeit für PKW auf Autobahnen notwendig. Das Auto trägt entscheidend zur Mobilität der Menschen bei. Aber kein Auto muss 16 Liter verbrauchen. Wir brauchen saubere und leisere Autos, die sehr viel effizienter sind. Wir setzen uns dafür ein, dass EU-weit ab 2008 ambitionierte Verbrauchsgrenzwerte für Autos gelten. Mit einer klaren und einfachen Kennzeichnung von Autos – Effizienzklassen A bis G – wollen wir den Wettbewerb um niedrigen Spritverbrauch in Schwung bringen. Auch eine Umstellung der Kfz-Steuer gemäß dem CO₂-Ausstoß soll schnell auf den Weg gebracht werden.

Die Zukunft gehört nahezu emissionsfreien Autos mit Sprit aus nachwachsenden Rohstoffen oder anderen Erneuerbaren Energien. Bis es soweit ist, können gasbetriebene Fahrzeuge eine klimafreundliche und partikelfreie Alternative zu herkömmlichen Kraftstoffen sein. Uns geht es auf jeden Fall darum, den Durchschnittsverbrauch aller Fahrzeuge deutlich zu senken, 3 Liter sind keine Utopie. Die Mineralölsteuerbefreiung von Biokraftstoffen wollen wir verlängern.

Jährlich sterben 65.000 Menschen in Deutschland an Feinstaub in der Atemluft. Besonders dick ist die Luft in den Ballungsräumen. Die Städte müssen die Möglichkeit bekommen, für saubere Luft zu sorgen, zum Beispiel durch Umweltzonen, mit Fahrverboten für alte Stinker oder die Erhebung einer Citymaut, deren Einnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel eingesetzt werden. Eine unbürokratische Förderung von effizienten Dieselrußfiltern über die Kfz-Steuer für Neufahrzeuge und Nachrüstung, die die Bundesregierung beschlossen hat, hat der Bundesrat angehalten. Wir werden nicht lockerlassen, damit die Luft in den Städten besser wird!

Güter gehören wo immer möglich auf die Schiene und nicht auf die Straße. Deshalb wollen wir die LKW-Maut so weiterentwickeln, dass mehr Güter auf die Schiene verlagert werden und weniger LKW die Autobahn umfahren, und wir wollen in die Infrastruktur der Bahn investieren. Wir

wollen fairen Wettbewerb zwischen Flugzeug und Bahn. Deshalb wollen wir die steuerlichen Vorteile des Fliegens wie die Mehrwertsteuerbefreiung von Flugtickets abbauen und Bahnfahrten billiger machen. Staatliche Subventionen für Flughafenaus- oder -neubauten lehnen wir ab. Wir fordern eine stärkere Kooperation der Flughäfen, um neue Start- und Landebahnen zu vermeiden. Wir setzen uns für ein Nachtflugverbot an wohnortnahen Flughäfen ein. Wir wollen die Straßenbaumittel des Bundes im Sinne nachhaltiger Infrastrukturpolitik zunehmend auf den Erhalt des Netzes konzentrieren. Zu umweltfreundlicher Mobilität gehört auch der Verzicht auf ökologisch bedenkliche Straßenbauten. Wir brauchen ein Mobilitäts- und Verkehrsmanagement, das Mobilität besser organisiert und Belastungen durch den motorisierten Verkehr verringert. Während der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in der Fläche aber z.B. durch alternative Bedienungsformen ohne Linien- und Fahrplanbindung PKW-ähnlicher werden muss, fordern wir gleichzeitig vom Auto, dass es ÖPNV-ähnlicher eingesetzt und somit effizienter wird: durch Bildung von Fahrgemeinschaften und Car-Sharing als vierter Säule des Umweltverbundes »zu Fuß, Rad, ÖPNV«. Eigene Mobilitätskonzepte von Betrieben, Schulen, Krankenhäusern und Freizeitgroßeinrichtungen können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Bei den Finanzmitteln für Busse und Bahnen wollen wir an das von uns erreichte Rekordniveau im Nah- und Fernverkehr anknüpfen. Wir wollen eine Reform der ÖPNV-Finanzierung mit klarer Aufgabenzuweisung und Mittelzweckbindung, um mehr Transparenz und Wettbewerb zu erreichen. Mit verbesserten Rahmenbedingungen für die küstennahe Schifffahrt, einer naturverträglichen Binnenschifffahrt und einer aktiven nationalen Hafenpolitik wollen wir weitere Möglichkeiten nutzen, Güterverkehre von den Straßen zu verlagern. Unsinnige Ausbauprojekte für unsere Flüsse wie den Elbe- oder Havelausbau zu Wasserautobahnen lehnen wir aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen genauso ab wie neue Staustufen an der Donau.

Gute Umwelt, gesundes Leben

GRÜNE Politik in Opposition und Regierung hat zu einer erheblich verbesserten Lebensqualität in Deutschland beigetragen. Doch stellen uns zum Beispiel giftige Chemie im Alltag, Rußpartikel und Verkehrslärm ebenso wie der verschwenderische Einsatz knapper Ressourcen und die Entsorgung von Abfall nach wie vor große Herausforderungen. Der Schutz von Meeren, Flüssen und Grundwasser, Wäldern, Luft und Boden ist die Grundlage allen menschlichen Lebens. GRÜNE stehen für vorsorgenden Umwelt- und Gesundheitsschutz und wollen Wohlstand umweltschonender und mit weniger Ressourcen schaffen. Das ist auch ein Gebot von mehr globaler Gerechtigkeit und ein entscheidender volkswirtschaftlicher Faktor. Denn vorsorgender Umweltschutz hilft, Kosten in Milliardenhöhe einzusparen, statt Schäden hinterher teuer zu reparieren.

Die Nachhaltigkeitstrategie für Deutschland ist hierfür ein strategischer Reformansatz, den wir weiterentwickeln und realisieren wollen.

Umweltschutz ist auch vorausschauende Industriepolitik. Die deutsche Automobilindustrie musste von uns gedrängt werden, damit sie nicht weiter Marktanteile an die französische Konkurrenz verlor. In der Chemikalienpolitik wollen wir erreichen, dass im Interesse von Anwendern und Verbrauchern die Prüfung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe auf eine neue Grundlage gestellt wird. Hersteller müssen beweisen, dass ihre Produkte unbedenklich sind, und nicht Konsumenten die Gefährlichkeit. Ob bei aktivem Lärmschutz, elektromagnetischen Strahlen und Mobilfunk oder in der Chemiepolitik: GRÜNE setzen auf gesundheitsgerechte Grenzwerte, auf innovative Produkte, mehr Transparenz, und Vorsorge. Sie legen damit die Grundlage für eine wirtschaftliche Entwicklung, die zugleich nachhaltig ist. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Bestandteile der Daseinsvorsorge und müssen öffentliche Aufgaben bleiben. Union und FDP haben viele wichtige Fortschritte im Bundesrat blockiert. Für uns bleiben gesundes Wohnen, Schutz vor Fluglärm und mehr Lebensqualität, die keine Frage des Geldbeutels ist, ganz oben auf der Tagesordnung.

Natur schützen

Wir wollen Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt sichern und treten ein für den Schutz der biologischen Vielfalt – nicht nur in umzäunten Schutzgebieten, sondern auch in der Fläche. Damit erhalten wir zugleich Landschaften, in denen es Freude macht, sich zu erholen und Ausgleich und Muße zu finden. Wir wollen darüber hinaus ein Netzwerk aus miteinander verbundenen Schutzgebieten schaffen.

Dass Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Wachstumsraten des Tourismus in ganz Deutschland hat, liegt nicht nur an der Schönheit des Landes, sondern daran, dass dort drei Nationalparks geschaffen wurden. Die Einrichtung eines Boden-Luft-Schießplatzes in der Kyritz-Rupiner Heide lehnen wir ab. Wir wollen dort sanften Tourismus statt lauter Bomben.

Eine ganze Reihe von Tier- und Pflanzenarten sind in Deutschland akut vom Aussterben bedroht. Ernste Konflikte können entstehen, wenn ihre letzten Lebensstätten durch Infrastrukturprojekte, Industrieansiedlungen oder andere Planungen bedroht sind. Das europäische Naturschutzrecht stellt dann zu Recht hohe Hürden auf. Aber Planungen lassen sich so steuern, dass sie nicht am Naturschutz scheitern müssen. Nur Phantasievolle und Ideologen sehen beides als Gegensatzpaar. Wir GRÜNEN setzen auf einen vorsorgenden und frühzeitigen Interessenausgleich durch demokratische Planungsprozesse.

Wir wollen, dass sich Gewässer naturnah entwickeln können. Um unsere Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen, muss die Nitratbelastung von Grund- und Oberflächenwassern ebenso vermindert werden wie die diffusen Schadstoffeinträge aus der Landwirtschaft.

Wir wollen den zusätzlichen Flächenverbrauch in Deutschland um 75 Prozent reduzieren und geben der innerstädtischen Entwicklung Vorrang vor dem Bauen auf der grünen Wiese. Wir wollen ran an die Subventionen, die die Zersiedelung der Landschaft und den Flächenverbrauch künstlich anheizen. Wir wollen eine Versiegelungsabgabe prüfen und bei einer Reform der Grundsteuer ökologische Kriterien stärker berücksich-

tigen. Wir stehen dafür, die Pendlerpauschale deutlich zu verringern und die Eigenheimzulage abzuschaffen. Gegen den Widerstand der Opposition haben wir die Lehre aus den verheerenden Flutkatastrophen der letzten Jahre gezogen und ein Gesetz zum vorbeugenden Hochwasserschutz durchgesetzt. Der Erhalt national bedeutsamer Naturschutzflächen ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Wir wollen, dass auch unsere Kinder noch Störche sehen, sich an Vielfalt, Reichtum, Schönheit und Ruhe der Natur erfreuen können. Wer Naturschutz für Luxus hält und sich den Schutz biologischer Vielfalt für bessere Zeiten aufheben will, gehört nicht an die Regierung, sondern ins Artenschutzprogramm für politische Dinosaurier.

Umwelt braucht Schutz – effektiv, nicht bürokratisch

Wir wollen klare, schlanke Gesetze und ihren effektiven Vollzug, um die Umweltpolitik zu stärken und ihre Akzeptanz zu erhöhen. Ein modernes Umweltrecht braucht deshalb ein Umweltgesetzbuch, in dem alle umweltbezogenen Gesetze zusammengefasst werden. Dafür wollen wir streiten! Zentral hierfür wird sein, dass Bund und Länder das bisher zersplitterte Umweltrecht in weiten Teilen zusammenfassen und die Kompetenzen klarer aufteilen. Die Planungszeiten von Infrastrukturprojekten können verkürzt werden, ohne Beteiligungsrechte für Bürgerinnen und Bürger einzuschränken. Wir wollen eine klare Kennzeichnung von Produkten und eine Ausweitung des Haftungsrechtes, damit sich gute Produkte schnell am Markt durchsetzen und Umweltschäden von vornherein vermieden werden. Anders als Merkel und Westerwelle, die mit ihren ideologischen Attacken Umweltstandards schleifen wollen, wollen wir Überregulierungen dort abbauen, wo es nötig ist. Wir wissen aber auch, dass Bürokratieabbau kein Selbstzweck ist: Eine intakte Umwelt ist ein hoher Wert für sich und ein positiver Standortfaktor.